

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 24

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 24

(1) Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen betreffend den Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie die Handelsaspekte des geistigen Eigentums, ~~die ausländischen Direktinvestitionen~~, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen. Die gemeinsame Handelspolitik wird im Rahmen der Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der Union im Sinne des Artikels 1 dieses Titels gestaltet.

(2) Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren alle für die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik erforderlichen europäischen Gesetze oder europäischen Rahmengesetze an.

(3) Sind mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Abkommen auszuhandeln, so finden die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 33 dieses Titels Anwendung. Die Kommission legt dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Aufnahme der erforderlichen Verhandlungen. Es ist Sache des Rates und der Kommission, dafür zu sorgen, dass die ausgehandelten Abkommen mit den internen Politiken und Vorschriften der Union vereinbar sind.

Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuss nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann. Die Kommission erstattet dem besonderen Ausschuss regelmäßig Bericht über den Stand der Verhandlungen.

(4) In Bezug auf die Aushandlung und den Abschluss eines Abkommens im Bereich des Dienstleistungsverkehrs, das einen Grenzübertritt von Personen nach sich zieht und Handelsaspekte des geistigen Eigentums berührt, beschließt der Rat einstimmig, wenn das Abkommen Bestimmungen enthält, die für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit erfordern.

(5) Die Ausübung der in diesem Artikel übertragenen handelspolitischen Befugnisse hat keine Auswirkungen auf die Verteilung der internen Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten und führt nicht zu einer Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, soweit eine solche Harmonisierung in der Verfassung ausgeschlossen wird.

Explanation (if any) :

Absatz 1: Die Zuständigkeit für Regelungen zur Zulassung und zum Schutz von Investitionen sollte weiterhin den Mitgliedstaaten zustehen.